



Bündnis90/Die Grünen  
KV Münster  
Wilhelm Achelpöhler  
Staufenstr. 39  
**48145 Münster**

*„Die Anwesenheit des deutschen PRT's in der Provinz Kunduz ist so notwendig wie das Wasser zum Leben. Die leidgeplagten Einwohner der Provinz Kunduz brauchen weiterhin die Unterstützung des PRT's.“*

*„Beschluss der Rechtsgelehrten, Ältestenvertreter, Lehrerschaft, Schülerinnen und Schüler, Jugendorganisationen und Handwerksgenossenschaft der Provinz Kunduz“ anlässlich des Selbstmordattentats vom 9. Mai 2007.*

Lieber Wilhelm,

gemeinsam mit Uli Cremer hast Du am 19.06.2007 im Namen oder als Sprecher Eurer neu gegründeten „Grünen Friedensinitiative“ ein Papier unter dem Titel **„Die Grünen und der Afghanistan-Krieg“** vorgelegt. Nach Eurem Verständnis handelt es sich beim OEF-Einsatz um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und beim ISAF-Einsatz um einen „Kriegseinsatz“, mit einer „in Wirklichkeit“ fingierten „Einladung“ und einem „Vorratsbeschluss“ des UN-Sicherheitsrates. Euer Ziel ist es, dass **„die Besatzungstruppen aus den NATO-Staaten und ihre Verbündeten ... binnen weniger Monate“** aus Afghanistan abgezogen werden. Ein deutscher Ausstieg aus OEF und ISAF wäre Eurer Auffassung nach **„gelebte friedenspolitische Verantwortungskultur“** und könnte helfen den „Afghanistan-Krieg“ zu beenden. Ihr wünscht Euch, dass die Grünen **„den Mut haben, umzukehren“**.

Das Papier der „Grünen Friedensinitiative“ ist die zweite Wortmeldung zur Afghanistan-Frage, die Du binnen kürzester Zeit mit Deinem Namen verknüpft sehen möchtest. Diesmal allerdings ideologisch drastisch verschärft und mit dem hohen Anspruch **„das friedenspolitische Erbe der Grünen bewahren“** zu wollen. Bereits Mitte April hattest Du, gemeinsam mit Rüdiger Sagel, der seit Monaten mit der Linkspartei die Modalitäten eines medien-

BÜRO BERLIN  
PLATZ DER REPUBLIK 1  
11011 BERLIN

☎ +49 30 227-72247  
☎ +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN  
@BUNDESTAG.DE  
WWW.TRITTIN.DE

wirksam inszenierten Parteiübertritts verhandelte, den sogenannten „**Bremer Appell für eine neue Afghanistanpolitik**“<sup>1</sup> vorgelegt. Inhaltlich erhielt der Bremer Appell auf dem Länderrat und in der Partei wenig Zuspruch. Die Landesdelegiertenversammlungen in NRW und Rheinland-Pfalz<sup>2</sup> haben sich jüngst mit überwältigender Mehrheit gegen einen sofortigen Abzug aus Afghanistan ausgesprochen haben und damit in der Tendenz dem Länderrat-Beschluss<sup>3</sup> vom April „Für eine politisch-zivile Offensive in Afghanistan“ unterstützt.

Dein Kurswechsel überrascht. Vor zwei Monaten warst Du noch nicht der Auffassung, dass ISAF eine Besatzungstruppe sei, die schnellstmöglich und rücksichtslos abgezogen werden müsste. Du hattest dafür plädiert die *„Soldaten in einem absehbaren und verantwortbaren Zeitraum“* abziehen und dabei darauf zu achten, *„möglichst viel von den erreichten positiven Entwicklungen zu erhalten.“* Damals war zumindest noch spürbar, dass es zwischen militärischer Friedenssicherung und positiven Entwicklungen einen kausalen Zusammenhang gibt, den man, wenn man Friedenspolitik ernst meint, nicht leichtfertig und überhastet aufs Spiel setzen darf. Allerdings ließ die Formel, dass *„die Fortsetzung von Aufbau- und Hilfsleistungen ... an ein Mindestmaß von Recht und Sicherheit geknüpft werden“* solle gerade die Schlüsselfrage, wer denn wie dieses Mindestmaß an Recht und Sicherheit sicherstellen solle, offen. Und die Bereitschaft mehr in den zivilen Wiederaufbau zu investieren, wurde gar an eine schwerlich erfüllbare Bedingung geknüpft: *„Ein Mehr an finanzieller, technischer und ziviler Hilfe könnte nur bei positiver Entwicklung zu mehr Demokratie gewährt werden.“*

Mit Deinem jüngsten Beitrag erweist Du Dir und all jenen, die bei den Bündnisgrünen an einer konstruktiven Friedenspolitik interessiert sind, keinen guten Dienst. Ich möchte drei Punkte hervorheben:

1. Wenn Du der Bundeswehr oder den ISAF-Truppen vorhältst, sie wären **Besatzungstruppen**, ist das ein starkes Stück. Die VN-mandatierte ISAF-Mission ist eingebettet in den Petersberg-Prozess bzw. den Londoner Afghan Compact und von Anfang an darauf ausgerichtet, selbsttragende afghanische Strukturen aufzubauen. ISAF ist im Auftrag der Vereinten Nationen zur Sicherheitsunterstützung der legitim gewählten Zentralregierung im Land. Parallelen zur sowjetischen Besatzungszeit, die mehr als 1 Million Afghanen und 15.000 sowjetischen Soldaten das Leben gekostet hat, sind ebenso fehl am Platze wie Vergleiche mit der Situation im Irak.

---

<sup>1</sup> [http://www.sagel.info/bremer\\_appell.html](http://www.sagel.info/bremer_appell.html)

<sup>2</sup> [http://bochum2007.gruene-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/landesverband/bochum2007/tagesordnung/beschluesse/AF-2\\_Afghanistan-braucht-eine-politische-Loesung.pdf](http://bochum2007.gruene-nrw.de/fileadmin/user_upload/landesverband/bochum2007/tagesordnung/beschluesse/AF-2_Afghanistan-braucht-eine-politische-Loesung.pdf)  
[http://www.gruene-rlp.de/osts/gruenes-cms.de/httpdocs/userspace/RP/lv\\_rlp/pdfs/ldv\\_06-07/Beschluss\\_Strategiewechsel\\_Afghanistan.pdf](http://www.gruene-rlp.de/osts/gruenes-cms.de/httpdocs/userspace/RP/lv_rlp/pdfs/ldv_06-07/Beschluss_Strategiewechsel_Afghanistan.pdf)

<sup>3</sup> [http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/179/179182.beschluss\\_fuer\\_eine\\_politischzivile\\_offe.pdf](http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/179/179182.beschluss_fuer_eine_politischzivile_offe.pdf)

2. Auch an anderer Stelle bewegt sich Euer Autorenpapier hart an der Grenze politischer Seriosität. Bist Du tatsächlich der Auffassung, regierungsamtliche **Verschwörungstheoretiker** hätten sich da was ausgedacht, um „einen ohnehin schon durchgeplanten Krieg“ zu beginnen? Hast Du ernsthaft Zweifel, dass Bin Laden und Al Qaida, die sich selbst ihrer mörderischen Taten rühmen, hinter den Anschlägen vom 11.9. stecken? Hast Du wirklich Zweifel, dass das afghanische Taliban-Regime zu den Unterstützern gehörte, die den Tätern, Drahtziehern und Förderern der terroristischen Anschläge Zuflucht gewährt haben und bist Du wirklich der Auffassung, dass man aus Sicht der Regierung und der sie unterstützenden ISAF bewaffneten Aufständischen gegenüber „neutral“ sein kann?
  
3. Da für Dich „glasklar (ist), dass ohne die ausländischen Truppen sich die Regierung Karsai nicht halten, geschweige denn den Bürgerkrieg gewinnen könnte“ ist Deine Behauptung, der binnen weniger Monate zu erfolgende „Abzug der westlichen Truppen“ sei Alternative und „**gelebte friedenspolitische Verantwortungskultur**“ blanker Hohn und Zynismus. In der Praxis bedeutet dies, die Menschen in Afghanistan erneut dem Bürgerkrieg, radikalfundamentalistischen Kräften und dem Recht des Stärkeren zu überlassen.

Es wird Euch nicht wundern, dass ich dieses Verständnis von „gelebter friedenspolitischer Verantwortungskultur“ nicht teile. Es gehört unseres Erachtens kein sonderlicher Mut dazu, in Krisenzeiten den Abzug der Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan zu fordern. Angesichts der zahlreichen Defizite im afghanischen Stabilisierungsprozess und dem Meinungstrend in der deutschen Bevölkerung wäre es für die Grünen wesentlich einfacher, sich der Mitverantwortung zu entziehen. Die Bundesregierung mit ihrer Vernachlässigung der zivilen und polizeilichen Säule und das zuweilen unverantwortliche Vorgehen amerikanischer Militär- und Sicherheitskräfte macht es uns nicht leichter, dem ISAF Engagement zuzustimmen. Das Agieren der Zentralregierung und des Parlaments geben auch nicht immer Anlass, diesen „failed state“ weiterhin aus tiefster Überzeugung zu unterstützen.

Wenn wir, in der Bundestagsfraktion, dies mit großer Mehrheit dennoch weiterhin tun, dann auch deshalb, weil Abgeordnete immer wieder vor Ort und im engen Gespräch mit Afghanen, UN, ISAF, Bundeswehr, Polizei und Entwicklungsexperten sind. Wir sehen Erfolge und positive Entwicklungen und haben den Eindruck, dass das Risiko für die Soldatinnen und Soldaten noch verantwortbar ist. Für uns ist es sehr wichtig, die Wahrnehmungen und Stimmen aus der Zivilgesellschaft zu hören. Bei unserem letzten Besuch Anfang Mai in Afghanistan war die Botschaft, die wir – gerade auch von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft - erhalten haben eindeutig: **Bitte lasst uns nicht im Stich!** Wenn ihr abzieht, kehrt der Bürgerkrieg der 90er-Jahre wieder zurück!

Eine zweite Botschaft, die wir von unserer jüngsten Reise mitbrachten war: Bitte sorgt dafür, dass von internationalen Streitkräften **keine unschuldigen Zivilisten** getötet werden und man von Seiten der Sicherheitskräfte der af-

ghanischen Bevölkerung mit Würde und Respekt begegnet.<sup>4</sup> Die hohe Zahl der Zivilopfer in Folge von OEF-Missionen und unbedachten Luftangriffen oder Militäroperationen, entziehen der internationalen Staatengemeinschaft und der Karsai-Regierung den Rückhalt in der Bevölkerung. Der VN-mandatierte ISAF-Stabilisierungseinsatz und der US-geführte „War on Terror“ im Rahmen von OEF folgen im gleichen Einsatzraum zwei völlig unterschiedlichen Einsatzphilosophien. Das muss zu Konflikten führen. Die Bedenken und Anforderungen, die wir in unseren Anträgen im Bundestag zum Ausdruck gebracht haben, werden unserer Wahrnehmung nach inzwischen von der Mehrheit des Deutschen Bundestages geteilt.<sup>5</sup> Auch unser jüngster Antrag **„Für einen sicherheitspolitischen Kurswechsel in Afghanistan – Nebeneinander von ISAF und OEF beenden“** spricht das aus, was viele im Parlament für richtig und angemessen halten.<sup>6</sup>

Es ist sehr wichtig, dass die GRÜNEN sehr wachsam und sensibel sind, wenn es um den Einsatz von bewaffneten Streitkräften geht. Niemand in Partei und Fraktion will den ISAF-Einsatz „um jeden Preis“ oder bis zum Sankt Nimmerleinstag fortsetzen. Wir brauchen Weichenstellungen, die zu einer Exit-Option führen. Wir wollen, dass die internationale Staatengemeinschaft das militärische Engagement in Afghanistan „möglichst rasch“ zu einem verantwortbaren Ende bringt. Um diesen Weg muss immer wieder gestritten werden. Die internationale Staatengemeinschaft muss ihren eingeschlagenen Weg, die Kriterien und die Ziele immer wieder überprüfen. Dabei müssen wir uns von der Illusion befreien, dass wir mit einer Vielzahl von Akteuren in der „Islamischen Republik Afghanistan“ in naher oder ferner Zukunft einen Hort der Demokratie, des Wohlstands und der Menschenrechte aufbauen.

Die Bündnisgrünen werden im Bundestag die Entwicklung in Afghanistan weiterhin aktiv mit dem Ziel begleiten, *„möglichst viel von den erreichten positiven Entwicklungen zu erhalten“* und den Einsatz ausländischer Polizei- und Militärkräfte in einem *„verantwortbaren Zeitraum“* zu beenden. Wenn wir uns auf diese Zielformel verständigen können, wären wir auf dem Weg der innerparteilichen Verständigung ein gutes Stück weiter. Noch brauchen die Menschen in Afghanistan unsere Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



---

<sup>4</sup> [http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/182/182196.informationsreise\\_durch\\_afghanistan.htm](http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/182/182196.informationsreise_durch_afghanistan.htm)

<sup>5</sup> <http://dip.bundestag.de/btd/16/027/1602778.pdf>

<http://dip.bundestag.de/btd/16/033/1603366.pdf>

<sup>6</sup> <http://dip.bundestag.de/btd/16/055/1605587.pdf>